
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 08.07.2020

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:46 Uhr
Sitzungsort: Anhaltisches Berufsschulzentrum "Hugo Junkers"
Dessau, Sporthalle, Junkersstraße 30, 06847 Dessau-Roß

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit 42 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erscheint zur Sitzung (43).

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Bernstein stellt im Namen der **Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, den **Antrag, gemäß § 48 Abs. 3 des Kommunalverfassungsgesetzes**, die unter dem Tagesordnungspunkt 7.23 eingeordnete Fraktionsvorlage „**Antrag auf eine Lehrstelleninitiative der Stadtverwaltung, einschließlich des Brand- und Katastrophenschutzes und der städtischen Betriebe und Einrichtungen**“ (FV/008/2020) **von der Tagesordnung zu nehmen und zur Vorberatung in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen.**

Herr Otto beantragt im Namen der **Fraktion Pro Dessau-Roßlau** die **Absetzung und Verweisung** der im Tagesordnungspunkt 7.20 eingeordneten Beschlussvorlage „**Spielebox im Stadtpark**“ (BV/161/2020/JHA) an den **Ausschuss für Finanzen** und an den **Haupt- und Personalausschuss.**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erklärt, wenn im KVG steht, dass Beschlussvorlagen, die nicht in den Ausschüssen beraten wurden, auf Antrag einer Fraktion zu verweisen sind, muss darüber nicht abgestimmt werden.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt, auch als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, richtig, dass die Beschlussvorlage zur Spielebox im Jugendhilfeausschuss und im Unterausschuss vorberaten wurde. Bezüglich des Haushaltes ist der Stadtrat berechtigt, nicht der Jugendhilfeausschuss. Es kann natürlich parallel im Ausschuss für Finanzen beraten werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, stellt klar, dass der Beschlussantrag der Fraktion Die Linke, TOP 7.23, in keinem Ausschuss vorberaten wurde und die Beschlussvorlage zur Spielbox im Jugendhilfeausschuss behandelt worden ist. Er zitiert den § 48 Abs. 3 des Kommunalverfassungsgesetzes: „Angelegenheiten, deren Entscheidung der Vertretung vorbehalten ist, sollen den beschließenden Ausschüssen innerhalb ihres Aufgabengebietes zur Vorberatung überwiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden der Vertretung, eines Fünftels der Mitglieder der Vertretung oder einer Fraktion müssen Anträge, die nicht vorberaten worden sind, den zuständigen beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen werden.“

Demnach ist die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke in die Fachausschüsse gemäß des Antrages der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zu verweisen. Da die Beschlussvorlage zur Spielbox im Jugendhilfeausschuss behandelt wurde, muss diese Vorlage nicht verwiesen werden, sondern kann verwiesen werden, weshalb eine entsprechende Abstimmung notwendig ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet darum, den Antrag zur Lehrstelleninitiative auf der Tagesordnung zu belassen und in die Fachausschüsse zu verweisen, da dann noch die Sacharbeit geleistet werden kann, um in der Septembersitzung des Stadtrates etwas auf den Punkt zu bringen. In der Niederschrift soll vermerkt werden, dass bewusst auf die Möglichkeit der Förderung in Richtung der Ausprägung und Aktivierung von neuen Lehrstellen, gerade in der besonderen Situation, verzichtet wird.

In Bezug auf die Beschlussvorlage „Spielbox im Stadtpark“ erklärt **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass diese Beschlussvorlage verwiesen werden muss, weil der zuständige Ausschuss für die Finanzierung der Ausschuss für Finanzen ist.

Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste konkretisiert den Antrag dahingehend, dass die Beschlussvorlage zur Lehrstelleninitiative der Stadtverwaltung im Haupt- und Personalausschuss sowie im Ausschuss für Finanzen beraten werden soll. **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion** erbittet weiterhin die Beratung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. **Herr Schönemann** verweist auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport. **Frau Perl** schlägt aufgrund der Wichtigkeit des Themas die Behandlung im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vor.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkt, er wusste nicht, dass es für die Lehrstellenoffensive eine Förderung gibt. Er versteht, dass jetzt vielleicht eine Chance vertan wird, wenn das heute nicht behandelt wird. Außerhalb oder am Rande der Tagesordnung sollte eine Verständigung darüber erfolgen. Des Weiteren interessiert ihn die Meinung der Verwaltung. Er unterbreitet den Kompromissvorschlag, ohne Beschlussfassung dieses Thema zu diskutieren.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, gibt als **Einreicher** der Vorlage zu Protokoll, dass der Jugendhilfeausschuss nach § 71 Abs. 3 SGB VIII gegenüber dem Stadtrat antragsberechtigt ist.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, entgegnet, dass der Verweisungsantrag weiterhin bestehen bleibt, da gemäß KVG die Beschlussvorlagen in den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu beraten sind.

Die Tagesordnung wird in **geänderter Form**, ohne die verwiesenen Tagesordnungspunkte 7.20 (Finanzausschuss) und 7.23 (Haupt- und Personalausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport und Ausschuss für Gesundheit und Soziales) **beschlossen** (35:05.03).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2020

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 10.06.2020 wird genehmigt (43:00:00).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters über wesentliche Angelegenheiten der Stadt ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erscheint zur Sitzung. (44)

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die in nichtöffentlicher Sitzung am 10.06.2020 gefassten Beschlüsse bekannt:

- Vertragsangelegenheit: Verlängerung der Konzession zur Durchführung der Notfallrettung und des Qualifizierten Rettungsdienstes durch das Deutsche Rote Kreuz Kreisverband Dessau e.V.
- Grundstücksangelegenheit: Veräußerung eines kommunalen Grundstückes in Dessau-Waldersee mit Erteilung einer Belastungsvollmacht

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16:20 Uhr

Frau Ewald, bezieht sich auf den Beschluss der zusätzlichen Förderung junger Familien, die ein städtisches Baugrundstück erwerben und stellt die Frage, wie viele junge Familien seit der Einführung mit diesem Zuschuss bedacht wurden.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, informiert, dass bisher keine Familien gefördert wurden. Dennoch informiert die Stadtverwaltung mit jedem Kauf und regelmäßig auf der Internetseite über das Förderprogramm.

Des Weiteren möchte **Frau Ewald** wissen, wofür der zukünftige Klimamanager der Stadtverwaltung zuständig ist. **Herr Oberbürgermeister Kuras** gibt die Hauptaufgaben des Klimamanagers bekannt: Umsetzung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes sowie des energiepolitischen Arbeitsprogrammes, Umsetzung und Begleitung von Klimaschutzmaßnahmen zur Sicherung der Zertifizierung mit den European Energy Award, Projektmanagement von Klimaschutzprojekten, Eruiierung von Finanzquellen und Beteiligung an Ausschreibungen und Projekten zum Klimaschutz. Der Klimaschutzmanager ist zudem ein Ansprechpartner der Bürgerschaft in Sachen Klimaschutz.

Frau Ewald geht abschließend auf die rechtliche Stellung der Fachausschüsse ein, die diskutieren, prüfen und spezifische Belange der Stadt bewerten. Sie fragt, welchen rechtlichen Einfluss diese Beratungen auf die Entscheidung der Stadträte haben.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zwischen den beschließenden und den beratenden Ausschüssen unterscheidet. Die Hauptsatzung der Stadt präzisiert die Rechtsgrundlage u.a. mit Schwellenwerten. Die Stadt besitzt vier beschließende Ausschüsse: Haupt- und Personalausschuss, Ausschuss für Finanzen, Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus. In diesen Ausschüssen werden Beschlüsse abschließend beschlossen, wenn sie den Schwellenwerten nach § 4 Abs. 4-8 der Hauptsatzung entsprechen. Die beratenden Ausschüsse dienen lediglich der Vorberatung. In der Regel entscheidet der Stadtrat erst über eine Beschlussvorlage, wenn sie im Fachausschuss vorberaten wurde.

Herr Korn, Betriebsratsvorsitzender der Karstadt Galeria Kaufhof Fiale in Dessau, stellt folgende Fragen:

1.) Wer hat an der Telefonkonferenz des Deutschen Städtetages im Namen der Stadt Dessau teilgenommen?

Herr Oberbürgermeister Kuras entgegnet, dass der Beigeordnete für Wirtschaft und Kultur, Herr Dr. Reck, an der Telefonkonferenz teilgenommen hat.

2.) Gibt es die Möglichkeit / Interesse von Anmietung von Büroräumen seitens der Stadt oder politischen Fraktionen im Karstadt Warenhaus?

Die Frage kann **Herr Oberbürgermeister Kuras** noch nicht abschließend beantworten, da das noch von mehreren Konditionen abhängt. Das Areal von Karstadt könnte eine Option für die Stadtverwaltung sein. Die Gestaltung von Büroräumen mit Fenstern im Innenbereich gestaltet sich aber problematisch.

3.) Warum spricht der Oberbürgermeister regelmäßig mit dem ECE Centermanagement, aber nicht mit der betroffenen Warenhausgeschäftsleitung? Sollte nicht Karstadt der eigentliche Ansprechpartner sein, wenn man um eine Rettung bemüht ist?

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert über das am 08.07.2020 mit Herrn Korn und einer Mitarbeiterin stattgefundenen Gespräch, in dem ein Austausch zur aktuellen Lage stattfand. Die Geschäftsführung von Karstadt kann gern an Besprechungen teilnehmen, wenn das gewünscht ist. Er hat mit dem ECE gesprochen, weil sie als Betreiber des Standortes der Vermieter sind. Es sollen weitere Gespräche mit dem ECE geführt werden, um abzuklären, welche Möglichkeiten bestehen, um den Verbleib im Rathauscenter abzusichern. In einem Gespräch mit dem Bereichsleiter der ECE teilte dieser mit, dass der Verbleib nicht am Vermieter scheitern soll, aber 2014/2015 schon einmal ein Mieterlass gewährt wurde. An die Geschäftsleitung von Karstadt Essen ergingen mehrere Schreiben, zu denen bisher keine Antworten eingegangen sind. Da Karstadt in Eigenregie Insolvenz angemeldet hat, wird Herr Oberbürgermeister Kuras Gespräche mit dem Insolvenzverwalter, Herrn Geiwitz, führen, u.a. am 09.08.2020 um 16:30 Uhr. In dem Gespräch wird abgeklärt, welche Chance es auf den Verbleib gibt und was die Stadt dafür tun kann.

4.) Wie ist der aktuelle Stand seitens der Stadt zur eventuellen Erhaltung des Standortes Galeria Karstadt Kaufhofes in Dessau?

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass er in mehreren Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt die aktuelle Lage dargelegt und ihn um Unterstützung gebeten hat. Herr Dr. Haseloff hat den Oberbürgermeister gebeten, die Lage noch einmal zu eruieren und abzuwarten, was bei dem Gespräch mit dem Insolvenzverwalter herauskommt. Die Stadtverwaltung hat erfahren, dass der Wirtschaftsminister in etwa 10 Tagen nach Dessau kommen wird, um die Angelegenheiten zu besprechen. In Zukunft soll auf die Belegung der Einzelhandelsfläche strenger geachtet werden. Die Stadtverwaltung steht hinter Karstadt und kämpft für den Verbleib in der Stadt.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, geht auf die Telefonkonferenz am 25.06.2020 ein, an der krankheitsbedingt der stellvertretende Amtsleiter der Wirtschaftsförderung teilgenommen hat. Die Kommunen haben sich hauptsächlich über die aktuelle Lage verständigt. Die maßgeblichen Informationen zu dieser Angelegenheit wurden jedoch bei der Telefonkonferenz am 02.07.2020 besprochen. An dieser Konferenz haben Wirtschaftsförderer, Bürgermeister und Dezernenten teil-

genommen. Der Deutsche Städtetag hat über die Auswahl der Fialen berichtet, u. a. wurden folgende Kriterien genannt: Gesamtumsatz, Miethöhe, Deckungsbeitrag über 5%, die Koppelungsverträge sowie die Entwicklungsperspektive des Hauses. Die Auswahl erfolgt nach einem sogenannten 4-Cluster-Modell, d.h. es gibt sichere Fialen, Fialen bei denen die Entscheidung noch offen ist und Fialen die geschlossen werden. Zuerst erfolgte in enger Abstimmung mit den Vermietern und dem Gesamtbetriebsrat eine Reduzierung von 80 auf 62 Fialen. Die anderen 62 Filialen sind auf einer Fokusliste. Eine genaue Aussage über den Standort Dessau gab es in der Sitzung nicht.

Herr Korn bedankt sich für die Beantwortung und bedauert, dass die Betrachtung nicht über die Ladenkasse erfolgt, sondern mehr über das Thema Immobilienportfolio. Im Vorfeld fand keine reelle Betrachtung der 80 Fokusfialen statt. Es ging lediglich darum, wem die Fiale gehört. Da ein Eigentümer zu den reichsten Personen in Europa zählt und dieser Eigentümer von mehreren Immobilien ist, fielen schon einige Fialen aus der Betrachtung heraus. Die Filiale in Dessau hat 2015 einen Mieterlass bzw. eine Änderung des Mietverhältnisses erhalten. Dennoch ist der Mietpreis für den Standort nicht realistisch, erläutert Herr Korn. Derzeit finden Verhandlungen zwischen Karstadt und dem ECE statt, um 8 Fialen zu erhalten, die bei der ECE eingemietet sind. Herr Korn gibt bekannt, dass die Fiale in Dessau schwarze Zahlen schreibt.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Adamek, Fraktion CDU, bittet um nähere Informationen zu den Telefonkonferenzen am 25.06.2020 und 02.07.2020.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erläutert, dass krankheitsbedingt der Stellvertreter des Amtsleiters für Wirtschaftsförderung als Leitungs- und Führungskraft der Stadtverwaltung an der Telefonkonferenz teilgenommen hat. Die Telefonkonferenz bestand aus einem Austausch zur momentanen Lage, wer der Vermieter, der Eigentümer und der Ansprechpartner ist. Daraufhin hat der Deutsche Städtetag eine Liste für die Kommunen mit den Ansprechpartnern sowie den Vermietern erarbeitet. In dem Gespräch wurden die beiden Namen Herr Geiwitz sowie Herr Kebekus genannt. Am 26.06.2020 setzte sich Herr Dr. Reck selbst mit dem Deutschen Städtetag in Verbindung, um sich über den aktuellen Sachstand informieren zu lassen. Er informiert, dass der Deutsche Städtetag die Informationen nicht mehr als sammeln und vermitteln kann, da es eine Austauschplattform für die Städte und Gemeinden ist.

Auf die Nachfrage von **Herrn Adamek**, ob Herr Dr. Reck der Ansprechpartner zu der Thematik ist, berichtet **Herr Dr. Reck**, dass man sich jederzeit an die Wirtschaftsför-

derungen wenden kann. Gespräche mit dem Insolvenzverwalter sind Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten.

Herr Adamek bezieht sich auf den tragischen Unfall auf dem Flugplatzgelände. Er wurde u.a. von Fahrschulen angesprochen, ab wann das Areal wieder benutzbar ist. Er fragt, ob das Areal kurzfristig vom Stadtpflegebetrieb beräumt werden kann, oder ob das Gebiet noch als Tatort gilt.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass die Polizei entscheiden muss, ab wann der Unfallort wieder freigegeben wird. Danach sollte die Räumung schnell von statten gehen.

Des Weiteren geht **Herr Adamek** auf den Verdacht des Bombenfundes im Stadtgebiet Dessau-Ziebigk ein und verweist auf die Frage einer Bürgerin, was mit ihrem Haustier an dem Tag geschieht, ob es eine Möglichkeit der Evakuierung der Tiere gibt und ob im Rahmen der Evakuierung die Menschen darauf hingewiesen werden, wo die Tiere in diesem Zeitraum betreut werden können.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwidert, dass über diese Thematik noch nicht gesprochen wurde, aber Dessau-Roßlau ein leistungsfähiges Tierheim besitzt. Diese Thematik muss zügig geklärt werden. Am Freitagvormittag wird die zentrale Information zum Verdacht des Bombenfundes erfolgen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, geht auf die Thematik Karstadt ein und berichtet, dass er bei der Demonstration am Donnerstag vor Ort war und mit einigen Personen Gespräche geführt hat. Am 16.07.2020 wird er sich vor Ort mit Abgeordneten der Landes- und Bundesregierung ein Bild von der aktuellen Situation machen. Für ihn ist die Situation händelbar, wenn die Landesregierung mit in die Thematik einsteigt. Zudem ist es wichtig, dass einerseits mit anderen Städten Gespräche geführt werden und andererseits die Botschaft transportiert wird, dass wir an der Seite von Karstadt stehen und gemeinsam dafür kämpfen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, gibt bekannt, dass er sich mit Herrn Korn sowie der Konzernzentrale in Verbindung gesetzt hat. Er zitiert aus dem Antwortschreiben des Konzerns: „Da zurzeit noch keine Information bezüglich der konkreten Ausgestaltung des Sanierungsplanes vorliegen, können wir leider keine Aussage treffen, welche Standorte in welchem Umfang von den Schließungen betroffen sein werden. Wir bedauern, dass wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt keine detaillierte Auskunft geben können und stehen Ihnen als Ansprechpartner selbstverständlich weiterhin zur Verfügung.“ Herr Mrosek hat nochmal für den Standort geworben und schlägt vor, dass der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus gemeinsam mit dem Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung einen Vor-Ort-Termin in Essen wahrnimmt, um den Konzern vom Standort Dessau zu überzeugen. Ab 2030 wird Dessau eine Anbindung zum IC erhalten, was den Standort als Oberzentrum wiederum aufwerten wird. Des Weiteren sollte überlegt werden, wie man hinsichtlich der Miete unterstützend wirken kann.

Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, empfindet eine Verhandlung über die Mietpreisminderung als ausschlaggebenden Punkt. Sie bezweifelt, dass das Land, das Wirtschaftsministerium und der Ministerpräsident bereit sind, die Thematik mit Fördermitteln zu unterstützen, solange die entscheidenden Gespräche noch nicht geführt wurden. Es hätte ein schnellerer Austausch zwischen der Verwaltung und den Fraktionen stattfinden müssen. In den nächsten 8 Wochen sollen die Fraktionsvorsitzenden schneller informiert werden. Interessant ist, wie andere Städte es geschafft haben, eine öffentlichkeitswirksame Zusage über die Zurücknahme der Schließungspläne zu erhalten.

Herr Dr. Reck ergänzt, dass die Telefonkonferenz mit dem Deutschen Städtetag am Donnerstag, um 17 Uhr stattgefunden und er nach dieser Konferenz in der Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses darüber informiert hat.

Frau Lemke bezieht sich weiterhin auf die aktuelle Situation von schutzsuchenden Frauen im Stadtgebiet. Ihr wurde berichtet, dass zunehmend die schutzsuchenden Frauen in Dessau nicht mehr an das Frauenhaus, sondern an die Obdachlosenunterkunft verwiesen werden. Sie fragt, ob diese Auskunft der Wahrheit entspricht und wenn ja, wie viele Frauen das betrifft, mit welcher Begründung und seit wann das so ist. Diese Situation muss sich zukünftig ändern. Sie bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Geiger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, berichtet über eine vom Netzwerk Gelebte Demokratie organisierte Veranstaltung am 16.11.2019 im Bauhaus Museum. An diesem Termin hat Herr Beigeordneter Krause stellvertretend für den Oberbürgermeister Kuras teilgenommen. Bei der Danksagung erwähnte Herr Krause, dass die Charta der Toleranz öffentlich im Ratssaal ausgehängt wird und die Vorbereitungen dazu nun beginnen werden. Herr Geiger möchte wissen, wann die entsprechenden Vorbereitungen eingeleitet wurden, was die Ausführung bereits verhindert hat und wann die Charta im Ratssaal ausgehängt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert, dass der Standort im Ratssaal bereits ausgewählt ist und nur noch die Charta im Großformat vom Netzwerk benötigt wird. Das kleine Exemplar, welches bereits vorliegt, wird auf dem Flur des Oberbürgermeisters aufgehängt.

Auf Nachfrage von **Herrn Geiger** wann die Stadtverwaltung sich das letzte Mal mit dem Netzwerk in Verbindung gesetzt hat, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass vor ca. 3 Wochen Kontakt mit dem Netzwerk aufgenommen wurde.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des im letzten Jahr besprochenen touristischen Informations- und Leitsystems und ab wann damit gerechnet werden kann. Diesbezüglich erwidert **Herr Dr. Reck**, dass sich das System in der technischen Umsetzung befindet und nach seinem Kenntnisstand damit Ende des Jahres zu rechnen ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, greift die Thematik von Herrn Hartmann auf und legt dar, dass das kostenintensive System bereits zum Bauhausjubiläum in Betrieb genommen werden sollte, was aber nicht geschehen ist. Er bittet um eine klare Positionierung, wann das Thema realisiert ist.

Weiterhin fragt er nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Kaufvertragsverhandlungen mit der GETEC.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass sich die Stadtverwaltung permanent im Gespräch mit der Firma befindet. Zunächst wurden die Einzelheiten des Kaufvertrages abgehandelt. Der Hotelneubau stößt aufgrund der momentanen Situation der Tourismusbranche auf keine große Euphorie. Derzeit muss die GETEC noch formelle Punkte abarbeiten, die mit dem Stadtratsbeschluss zum Verkauf zusammenhängen. Die Vertragsunterzeichnung ist für den September angedacht. Derzeit findet die Translozierung des Depots statt.

Herr Schönemann möchte von der Verwaltung sowie von Herrn Adamek wissen, ob ein Kontakt mit dem Ministerpräsident bezüglich der Rettung des Standortes Karstadt besteht. Des Weiteren gibt er bekannt, dass die Fraktion Aktivitäten plant, um die Stadtgemeinschaft hinter Karstadt und den Mitarbeitern zu versammeln.

Herr Oberbürgermeister Kuras geht auf eine Information des Institutes der Deutschen Wirtschaft ein. Es wurde festgestellt, dass die Stadt Dessau-Roßlau zu den 13 Aufsteigern gehört und somit die Kaufkraft kein Argument der Schließung darstellt. Es ist fraglich, was mit dem großen Areal nach der Schließung geschehen soll. Sobald neue Informationen vorliegen, werden diese an die Fraktionsvorsitzenden sowie an den Betriebsrat von Karstadt weitergeleitet. Er steht im ständigen Kontakt mit dem Ministerpräsidenten. Es muss nun definiert werden wo genau die Landesregierung ansetzen muss.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wünscht sich nach dem erfolgten Gespräch eine kurzfristige Zusammenkunft der Stadtverwaltung, der Fraktionsvorsitzenden und der Vertreter von Karstadt. Zudem sollte ein Positionspapier angefertigt werden, in dem alle positiven Argumente, u.a. die Kaufkraft und die Infrastruktur, zusammengefasst werden. Dieses sollte dem Vermieter sowie dem Konzern zugehen, um als Grundlage für die Gespräche zu dienen. Herr Otto regt einen Mietzuschuss an.

Weiterhin geht **Herr Otto** auf eine Betriebseröffnung eines Baustoffwerkes in der Industriestraße ein. Bei dieser Eröffnung gab es einige hochinteressante Vorträge zum Thema Einsatz von Recyclingmaterial im Bauwesen, welche für unsere Verwaltung ebenso interessant wäre. Des Weiteren hat der Geschäftsführer seine Entscheidung für den Standort Dessau mit der sehr guten Infrastruktur begründet. Herr Otto schlägt vor, den Betrieb mit dem Umweltpreis der Stadt Dessau-Roßlau auszuzeichnen, da der Geschäftsführer eine Industriebranche saniert und neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Herr Otto bedauert, dass seitens der Verwaltung niemand teilgenommen hat.

Herr Otto regt erneut an, dass das Umfeld des Junkerdenkmals ordentlich gestaltet wird, da es bisher kein gutes Aushängeschild der Stadt darstellt.

Nach dem Redebeitrag von Herrn Otto schließt der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, gemäß der Geschäftsordnung den Tagesordnungspunkt.

Herr Fricke, Fraktion SPD, stellt gemäß § 8 Abs. 3 Satz 3 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse einen Antrag auf Verlängerung der Redezeit. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Auf die Frage von **Herrn Fricke** zum Sachstand der Bauvorhaben bezüglich des Kristallpalastes und der Rodebilleschule eingehend, bemerkt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass der Investor des Kristallpalastes zurzeit alle Maßnahmen und Vorbereitungen für den notwendigen Bebauungsplan vornimmt. Im August wird es einen Vor-Ort-Termin geben. Weitere Informationen erfolgen demnächst im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt. Zum Bauvorhaben Rodebilleschule liegen keine Informationen vor.

Herr Fricke informiert, dass die Fraktion SPD bezüglich der nicht durchgeführten Aktuellen Stunde in der Sitzung des Stadtrates am 10.06.2020 keine Klage erheben wird.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, berichtet über die Straßenränder, bei denen sich zunehmend Biotope bilden, die bereits hüfthoch gewachsen sind. Der Zeitung hat er entnommen, dass die Stadt auf den Einsatz chemischer Mittel verzichtet. Er stellt folgende Fragen: Wird das Grünpflegeamt aufgestockt? Wird das bürgerliche Engagement der Anwohner intensiviert, damit sie vielleicht selbstständig dort Maßnahmen vornehmen? Liegt es vielleicht an der Art und Weise, wie die Straßenränder gereinigt werden, dass sich solche Ansammlungen von Pflanzen bilden können.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, geht auf das Thema Ferdinand-von-Schill-Straße und die Verfahrensweise ein. Nach dem Amtsblattartikel wurde des Öfteren angesprochen, warum das Projekt nicht realisiert wird, wenn das Vorhaben und das Geld bereits vorliegen. Er bittet um öffentliche Beantwortung.

Frau Beigeordnete Schlonski berichtet, dass der Stadtrat beschlossen hat, dass das Projekt solange zur Seite gelegt wird, bis die Frage der Straßenausbaubeitragsatzung erklärt ist. Das Gesetz ist momentan noch nicht durch. Durch die Verzögerung des Projektes ist der Zeitraum für die EU-Förderung abgelaufen. Deshalb muss nach Klärung der Satzung nach neuen Fördermitteln gesucht werden, da die Maßnahme nicht aus rein kommunalen Mitteln finanziert werden kann. Die Arbeiten, wo keine Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nötig ist, werden fortgeführt. Es laufen bereits weitere Vorbereitungen, u.a. Planungen für die Beantragung der Städtebauförderung für November.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf die bestätigte Niederschrift vom 10.06.2020, in der steht, dass die Fraktion eine Beschlussvorlage in den heutigen Stadtrat einbringen wird. Sie kritisiert den Stadtratsvorsitzenden sowie das Büro des Stadtrates bezüglich der jetzigen Verfahrensweise mit der Vorlage. Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, erwidert, dass der Einreicher darüber entscheidet, in welche Ausschüsse die Vorlage behandelt wird. Weiterhin hat über 1/5 des Stadtrates der Herunternahme der Beschlussvorlage zugestimmt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläutert, dass die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke in der Verwaltung als Entwurf bekannt ist und die Stadt sich bei den Unternehmen über die aktuelle Ausbildungssituation informiert hat. Die Stadt selbst bietet derzeit folgende Ausbildungsstellen an: 11 Verwaltungsfachangestellte, 3 für den feuerwehrtechnischen Dienst, 2 Schwimmmeister und einen Informationskauffrau/-mann. Diese Stellen sind momentan noch nicht alle besetzt. Für die Verwaltungsfachangestellten läuft noch das Besetzungsverfahren. Die Stadtverwaltung wird eine entsprechende Informationsvorlage vorlegen. Die Förderung aus dem Konjunkturpaket gilt nur für kleine und mittlere Betriebe. Für die Verwaltung und die Eigenbetriebe greift diese Förderung nicht. In der Sitzung des Stadtrates am 16.09.2020 wird über die Situation in der Stadtverwaltung und in den kommunalen Unternehmen berichtet.

Nach dem Tagesordnungspunkt 7.12. wird erneut der Tagesordnungspunkt „öffentliche Anfragen und Informationen“ durch den Stadtratsvorsitzenden aufgerufen, um den Redebeitrag von Herrn Beigeordneten Krause zu ermöglichen.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Adamek in der letzten Stadtratssitzung zum Fachklassenerlass für Köche am Berufsschulzentrum Dessau-Roßlau und der Erweiterung auf den Bereich Wittenberg. Er verweist auf die Beschwerdelage der Stadt gegenüber dem zuständigen Ministerium und dass er sich mit dem DEHOGA-Verband in Verbindung gesetzt hat. Diese werden sowohl auf Kreisebene, als auch auf Landesebene ein ähnliches Beschwerdeschreiben an das zuständige Ministerium senden.

Herr Stein, Fraktion AfD, betritt die Sitzung während des Tagesordnungspunktes. (45)

Nach Beendigung des Tagesordnungspunktes verlässt **Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, die Sitzung. (44)

7 Beschlussfassungen
7.1 Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in den Beirat der Volkshochschule
Vorlage: BV/159/2020/V-40

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt den **Antrag**, eine Einzelabstimmung zum zu entsendenden Stadtrat, Andreas Mrosek, Fraktion der AfD, durchzuführen, da die politischen Ansätze teilweise mit dem, was die Satzung der Volkshochschule betrifft, nur bedingt politisch übereinstimmt.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bittet um Rechtsauskunft, ob dieser Antrag zugelassen werden kann.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, verweist darauf, dass Herr Mrosek ein gewählter Stadtrat ist. **Herr Rumpf**, stellt fest, dass eine Einzelabstimmung eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Stadträten darstellen würde und der Antrag nicht zugelassen werden kann, was seitens der Leiterin des Rechtsamtes bestätigt wird.

Daraufhin **korrigiert Herr Schönemann** seinen **Antrag** dahingehend, eine Einzelabstimmung für alle zur Entsendung vorgeschlagenen Mitglieder durchzuführen. Der **Antrag** wird mehrheitlich **abgelehnt** (32:10:03).

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erscheint vor der Abstimmung zum Antrag auf Einzelabstimmung zur Sitzung (45).

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet gemäß § 4 Abs. (2) und (3) der Satzung der Volkshochschule (VHS) die folgenden 3 Mitglieder des Stadtrates in den Beirat der Volkshochschule:

- Herrn Herbst, Gerald (Fraktion CDU)
- Frau Grabner, Isolde (Fraktion DIE GRÜNEN, FDP, Neues Forum - Bürgerliste)
- Herrn Mrosek, Andreas (Fraktion AfD)

2. Der Stadtrat bestätigt gemäß § 4 Abs. (4) der Satzung der Volkshochschule die nachfolgenden nebenberuflichen Lehrkräfte sowie die Teilnehmervertreterin für den Beirat der Volkshochschule:

- Frau Dunker, Petra Teilnehmervertreterin
- Frau Wollweber, Angela nebenberufliche Lehrkraft
- Herrn Sühlo, Alexander nebenberufliche Lehrkraft.

Abstimmungsergebnis: 35:04:06

7.2 **3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/146/2020/II-20**

Auf die Frage von **Herrn Mrosek, Fraktion AfD**, wer in der Stadt Dessau-Roßlau einschätzt, welcher Hund zusätzlich als gefährlich erscheint zu denen, die das Landesverwaltungsamt benennt, führt **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, aus, dass die Hundesteuersatzung in den letzten Jahren hinsichtlich der Listung der Kampfhundearten nicht verändert wurde. Der Vorschlag zum chinesischen Kampfhund „Shar-Pei“ wurde deshalb unterbreitet, weil es einschlägige Rechtsprechungen gibt, die diese Rasse nicht mehr darunter zählt. Nach wie vor kann man mit seinem Hund, auch wenn er in der Rasseliste enthalten ist, zum Wesenstest gehen. Wird keine Gefährlichkeit nachgewiesen, erfolgt auch keine höhere Steuer.

Ihn wundert die Differenz zwischen den vom Landesverwaltungsamt benannten Vermutungshunden und dass die Stadt Dessau-Roßlau die doppelte Anzahl benennt. **Herr Mrosek** fragt, warum man sich nicht an die Vorgabe des Landesverwaltungsamtes hält, die auch an Rechtsprechungen gebunden sind.

Frau Nußbeck stellt klar, dass die Stadt an diese Liste nicht gebunden ist, sondern frei entscheiden kann, wer auf diese Liste gesetzt wird. Natürlich sollten entsprechende Rechtsprechungen berücksichtigt werden.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, gibt seine Ablehnung zur Beschlussvorlage bekannt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet um die Einrichtung von qualifizierten Auslaufflächen in der Stadt.

Beschluss:

Die in Anlage 2 dargestellte 3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:02:02

7.3 **Änderung des Maßnahmebeschlusses STARK III ELER Kindertagesstätte „Luisenkinder“ (allgemeine und energetische Sanierung)** **Vorlage: BV/073/2020/II-DKT**

Beschluss:

1. Die bauliche Gestaltung des Erweiterungsbaus wird über die gesamte Fläche zweigeschossig ausgeführt.

2. In Abänderung des bestehenden Maßnahmebeschlusses BV/147/2019/II-DKT wird für die energetische und allgemeine Sanierung der Kindertageseinrichtung „Luisenkinder“, Goltewitzer Straße 5 in 06844 Dessau-Roßlau in Verbindung mit dem Fördermittelbescheid eine Erhöhung des Gesamtausgabebedarfes um 275.000,00 € auf insgesamt 1.609.000 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 7.4 Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss zur Errichtung einer neuen Kindertagesstätte in der Essener Straße und Beschluss zur überplanmäßigen Ausgabe**
Vorlage: BV/074/2020/II-DKT

Beschluss:

1. Der beschlossene Ausgabebedarf von 3.378.400 € wird um 495.300 € erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf i. H. v. 3.873.700 € beschlossen.
2. Für das Haushaltsjahr 2020 wird eine überplanmäßige Auszahlung i.H.v. 655.300 EUR beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

- 7.5 Änderung der Satzung des Beirates für Stadtgestaltung**
Vorlage: BV/024/2020/III-61

Beschluss:

Die in der Anlage 3 beigefügte Satzung des Beirates für Stadtgestaltung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 7.6 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 226 "Gewerbestandort am Wäldchen" in Rodleben - Abwägungs- und Satzungsbeschluss**
Vorlage: BV/070/2020/III-61

Herr Brozowski, Fraktion Die Linke, appelliert an die Verwaltung, die artenschutzrechtlichen Belange als wichtigen Bestandteil solcher Verfahren zukünftig mehr zu beachten.

Beschluss:

1. Der Stadtrat hat die zum Entwurf des Bebauungsplanes der Innenentwicklung Nr. 226 „Gewerbestandort am Wäldchen in Rodleben“ vorgebrachten Stellungnahmen mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag laut Anlage 2 jeweils angegeben ist.
2. Die als Anlage 3 beigefügte Begründung zum Bebauungsplan in der Fassung vom 13.03.2020 mit den Anhängen 3.1 und 3.2 wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie § 8 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) beschließt der Stadtrat den als Anlage 4 beigefügten Bebauungsplan in der Fassung vom 13.03.2020, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

7.7 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Fortschreibung der Sanierungsziele **Vorlage: BV/090/2020/III-61**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die fortgeschriebenen Sanierungsziele für das Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest. Sie werden zur Ermittlung der ausstehenden durch die Sanierung bedingten Veränderungen des Bodenwertes (Ausgleichsbetrag) herangezogen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.8 Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Vorbereitungen zur Beendigung der Sanierungsmaßnahme **Vorlage: BV/091/2020/III-61**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Kosten- und Finanzierungsübersicht als Grundlage für die Durchführung und Abrechnung der Sanierungsmaßnahme Dessau-Nordwest.
2. Der Stadtrat beschließt die Erhebung der Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Baugesetzbuch vor Aufhebung der Sanierungssatzung durch Vorauszahlungsbescheide in Höhe von 80 % des zu erwartenden Ausgleichsbetrages zur Finanzierung der noch nicht umgesetzten Einzelmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.9 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Vorbereitungen zur Beendigung der Sanierungsmaßnahme
Vorlage: BV/092/2020/III-61

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Kosten- und Finanzierungsübersicht als Grundlage für die Durchführung und Abrechnung der Sanierungsmaßnahme Dessau-Nord.
2. Der Stadtrat beschließt die Erhebung der Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Baugesetzbuch vor Aufhebung der Sanierungssatzung durch Vorauszahlungsbescheide in Höhe von 80 % des zu erwartenden Ausgleichsbetrages zur Finanzierung der noch nicht umgesetzten Einzelmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.10 Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Vorbereitungen zur Beendigung der Sanierungsmaßnahme
Vorlage: BV/093/2020/III-61

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, bezüglich der Stellungnahme des Ortschaftsrates, gibt die **Ortsbürgermeisterin Frau Müller, Fraktion der CDU**, das Abstimmungsergebnis des Ortschaftsrates mit 5 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen bekannt.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues-Forum-Bürgerliste, geht auf den Erhalt des Sterbehauses von Christian Gottfried Heinrich Bandhauer ein und appelliert, in der Sache weiter zu handeln und den Eigentümern unterstützend zur Seite zu stehen, da ein Teil des Giebels bereits eingestürzt ist.

Beschluss:

3. Der Stadtrat beschließt die Kosten- und Finanzierungsübersicht als Grundlage für die Durchführung und Abrechnung der Sanierungsmaßnahme Altstadt Roßlau.
4. Der Stadtrat beschließt die Erhebung der Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Baugesetzbuch vor Aufhebung der Sanierungssatzung durch Vorauszahlungsbescheide in Höhe von 80 % des zu erwartenden Ausgleichsbetrages zur Finanzierung der noch nicht umgesetzten Einzelmaßnahmen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Kosten- und Finanzierungsübersicht als Grundlage für die Durchführung und Abrechnung der Sanierungsmaßnahme Altstadt Roßlau.

2. Der Stadtrat beschließt die Erhebung der Ausgleichsbeträge gemäß § 154 Baugesetzbuch vor Aufhebung der Sanierungssatzung durch Vorauszahlungsbescheide in Höhe von 80 % des zu erwartenden Ausgleichsbetrages zur Finanzierung der noch nicht umgesetzten Einzelmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**7.11 Änderungsbebauungsplan Nr. 147 B "Am Friedrichsgarten" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/100/2020/III-61**

Herr Adamek, CDU-Fraktion, stellt bezüglich des Rückbaus der Garagenflächen in dem Areal die Frage, ob geplant ist, zeitgleich alternative Parkflächen zu schaffen und ob den Eigentümern der Garagen Alternativangebote unterbreitet wurden.

Herr Schmieder, Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Förderung, erwidert, dass mit den betroffenen Nutzern der Garagen noch nicht gesprochen wurde, weil die grundsätzliche Entscheidung abgewartet werden sollte. Nach den Vorgesprächen durch das Amt für Zentrales Gebäudemanagement, finden jetzt mit den einzelnen Nutzern Gespräche statt.

Beschluss:

1. Die in der Anlage 2 beigefügte Aufgabenstellung und Leistungsbeschreibung für die Erarbeitung eines Änderungsbebauungsplanes über Teilflächen des ehemaligen Schlachthofgeländes in Dessau-Nord wird gebilligt.
2. Die dementsprechende Aufstellung des Änderungsbebauungsplanes mit der Bezeichnung Nr. 147 B „Am Friedrichsgarten“ wird in den Grenzen des in der Anlage 3 dargestellten Gebietes zwischen der Lessingstraße, der Eduard- und Schlachthofstraße sowie dem Friederikenplatz, der Straße am Friedrichsgarten und der östlich davon gelegenen Flächen um das Heizwerk Ost (Am Friedrichsgarten 2) beschlossen.
3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 42:01:02

Es wurde eine 20-minütige Pause eingelegt.

7.12 Integriertes Konzept - Quartier Am Leipziger Tor Vorlage: BV/139/2020/III-61

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, spricht sich, auch als Mitglied des Stadtbezirksbeirates, für die Erhöhung der Stundenzahl des Quartiersmanagements aus.

Auch der **CDU-Fraktion** bereitet das Thema Quartiersmanagement Sorgen, weshalb sie eine Vollzeitstelle unterstützen, die evtl. mit einer Residenzpflicht vor Ort verbunden ist, bemerkt **Herr Adamek**. Sie würden auch einen Quartiersmanager in Vollzeit für Roßlau begrüßen.

Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass bei der Schulentwicklungsplanung auf die Verteilung der Einzugsgebiete geschaut und bedarfsgerecht geplant wird, legt **Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dar. Sie schließt sich ebenfalls der Meinung an, dass die Stelle Quartiersmanagement aufgestockt werden muss. Des Weiteren gibt es in der Stadt nicht nur dieses Interventionsgebiet, sondern auch Dessau-Nord und Roßlau, weshalb dieses Konzept als Prototyp genutzt werden soll.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, wie in den Ausschüssen diskutiert, wird die Schulsituation genauer betrachtet, ebenso der Wunsch zur Erhöhung der Kapazitäten für das Quartiersmanagement. Es ist aber kein soziales Management, sondern ein für die Umsetzung begleitendes Management. Sie sagt eine Prüfung dahingehend zu, eine Lösung zu finden, dass das Quartiersmanagement mehr als Ansprechperson im Quartier unterwegs ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist darauf, dass sich die jetzige Schulentwicklungsplanung auf einen Grundbestand des jetzigen Aufkommens in entsprechender Straßenzuordnung bezieht. Das vorliegende Dokument ist qualifiziert, aber bedarf der Fortschreibung und einer genaueren Betrachtung der Ausstattung mit sozialen Einrichtungen.

Beschluss:

1. Das Integrierte Konzept – Quartier Am Leipziger Tor (Anlage 2) wird in der vorliegenden Fassung vom Mai 2020 und als Ergebnis eines Beteiligungsprozesses bestätigt und dessen Ziele und Handlungsfelder der Steuerung der Quartiersentwicklung und der Beantragung von Fördermitteln zugrunde gelegt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Konzeptes und der Maßnahmen einem Monitoring zu unterziehen, Abstimmungs- und Koordinierungsprozesse fortzuführen und Fachplanungen anzupassen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.13 Arbeitsrichtung zur Umsetzung der Gestaltung "Stadteingang Ost" und anstehende Arbeitsschritte
Vorlage: BV/143/2020/III-61

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, verweist auf die aktualisierte und den Stadträten vorliegende Anlage 4 der Beschlussvorlage, die aufgrund der Diskussion im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt erstellt worden ist.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, übergibt dem Vorsitzenden des Stadtrates einen von allen Fraktionen erarbeiteten **Änderungsantrag**.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, appelliert an die Verwaltung, bis zur Haushaltsdiskussion Klarheit zu schaffen, was umgesetzt werden kann und welche Mittel dafür benötigt werden. Diesem Appell schließt sich **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, an. Neben dem Änderungsantrag bestehen eine ganze Reihe von Prüffragen, merkte **Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste** an. **Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, unterstreicht, dass die Nordumgehung erst zum Ende der gestrigen Sitzung Thema war. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, geht auf den Punkt 5 des Änderungsantrages ein und erklärt, wenn die Voraussetzung für den Trog die Ostrandstraße ist, sieht er das fiskalisch als fast unmöglich an. **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, widerspricht Herrn Schönemann, da sich die Frage stellt, wo der Verkehr, wenn die Baustelle des Troges besteht, lang fließen soll, wenn nicht an einer Nordumgehung Ostrandstraße.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Debatte.

Nach dem Verlesen des **Änderungsantrages** der Fraktionen (siehe Beschluss) durch **Herrn Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, wird dieser einstimmig (45:00:00) **angenommen**.

Beschluss:

1. Die Empfehlung des Auswahlgremiums aus dem Dialogverfahren „Stadteingang Ost“ wird der weiteren Arbeitsrichtung zugrunde gelegt, um die Attraktivität in diesem Bereich zu erhöhen, den öffentlichen Raum aufzuwerten, die Funktionsvielfalt zu stärken und den Wohnwert zu verbessern.
2. Die Planungen und Maßnahmen im beigefügten Masterplan werden umgesetzt. Zur umsetzungsreifen Weiterentwicklung der Teilprojekte sind die haushaltsrechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.
3. Für die Umsetzung der Teilprojekte sind geeignete Fördermöglichkeiten zu prüfen und die Beantragung vorzubereiten.
- 4.

5. Die barrierearme Querung der Bundesstraße B 185 in Form eines Troges wird angestrebt. Die Verfolgung des Teilprojektes Trog darf die anderen Teilprojekte nicht verzögern oder beeinträchtigen. Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Machbarkeit der Trog-Lösung im Stadtrat ist eine Studie über
 - 5.1. mögliche bauliche Lösungen,
 - 5.2. die Auswirkungen auf andere Teilprojekte,
 - 5.3. die zu schaffenden rechtlichen Voraussetzungen,
 - 5.4. die voraussichtlichen zeitlichen Dimensionen der Vorbereitungen und der Realisierung,
 - 5.5. die finanziellen Rahmenbedingungen,
 - 5.6. alternative Querungen, unter Betrachtung verschiedener Ebenen, sowie deren entsprechende Gestaltungdes Projektes zu erstellen und dem Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss sowie dem Finanzausschuss vorzulegen.
6. Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die Umsetzung (Maßnahmebeschluss) der Trog-Lösung im Stadtrat ist im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes unter Betrachtung des Troges die Möglichkeit zur Entlastung des Innenstadtverkehrs durch eine Ortsumfahrung der Innenstadt sowie einer zweiten Muldquerung zu prüfen.
7. Die Umsetzung des Teilprojektes Muldeufer (Gestaltung Mühleninsel/ Gestaltung Neue Promenade/ Aktivierung Gastronomie am Zollhaus/ Kuhhäuschen) wird als erste Realisierungsstufe des Gesamtprojektes Stadteinfahrt Ost zeitnah angestrebt.
8. Da ein Rahmenprogramm für ein Gesamtmuseum noch nicht vorliegt, ist eine Studie für einen Erweiterungsbau kurzfristig vorzubereiten und auszuschreiben, mit dem Ziel die möglichen Kubaturen zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.14 Umbau und Erweiterung der Bürgerinformation zum zentralen Bürgeramt
Vorlage: BV/006/2020/III-65

Beschluss:

1. Der Umbau und die Erweiterung der Bürgerinformation zum zentralen Bürgeramt im Erdgeschoß und der Umbau des Großraumbüros 126 im 1. OG zu Büros im Rathausneubaus in Dessau wird auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit geschätzten Kosten in Höhe von 869.500,- € (brutto) beschlossen.

2. Es wird eine außerplanmäßige VE in Höhe von 300.000,- € (brutto) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.15 **Maßnahmebeschluss**
Sanierung und Modernisierung Wissenschaftliche Bibliothek im Palais Dietrich
Vorlage: BV/096/2020/IV-41

Beschluss:

1. Das Palais Dietrich, Zerbster Straße 35, wird in mehreren Bauabschnitten grundhaft saniert:

- 1. Bauabschnitt: Energetische Sanierung (2019 – 2021)
- 2. Bauabschnitt: Dachsanierung (2020 – 2022)
- 3. Bauabschnitt: Innenausbau und Fassade (2021 – 2023)

Die Gesamtkosten für den Bau werden auf 6.981.072 EUR geschätzt.

Entsprechend der nun gebildeten drei Bauabschnitte werden die Anpassungen im Haushalt vorgenommen. (s. Anlage 2) Dabei erfolgt eine Erhöhung der bisher geschätzten Gesamtausgabe für den Bau um 215.700 EUR, verteilt über mehrere Jahre.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, für den zweiten und dritten Bauabschnitt entsprechende Fördermittel im Programm Stadtumbau Ost in den jeweiligen Programmjahren zu beantragen.
3. Für die Wiedereinrichtung sind HH-Mittel von insgesamt 225.000 EUR geplant; 25.000 EUR Planung und 200.000 EUR Ausstattung.
Somit betragen die Gesamtkosten für die Sanierung (Bau und Inneneinrichtung) ca. 7.206.087 EUR.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**7.16 Neufassung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/017/2020/V-SKD**

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, erklärt, dass nach der Abstimmung im Betriebsausschuss des Städtischen Klinikums das Landesverwaltungsamt ein Wort im § 2 Abs. 2, Satz 2 beanstandet hat. So soll es statt an Patienten **für Patienten** heißen.

Beschluss:

Der Neufassung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums (Anlage 3) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**7.17 Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die
Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von
Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt
Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/122/2020/V-51**

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, verweist auf die Synopse aus dem Ausschuss für Finanzen. In den vorliegenden Unterlagen ist nicht enthalten, dass sich der Jugendhilfeausschuss der Änderung des Ausschusses für Finanzen angeschlossen hat, sodass 2 beschließende Ausschüsse eine Rechtsgrundlage herbeigeführt haben. Deshalb muss klargestellt werden, dass die Grundlage zur Entscheidung das Papier ist, was sich Synopse des Finanzausschusses nennt.

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, bestätigt, dass Geschäftsgrundlage die Synopse ist.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke, bittet um Verlesen des § 2 über den abstimmt werden soll.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, schließt sich den Ausführungen von Herrn Hoffmann an und legt dar, dass in der abzustimmenden Anlage 2 im Abs. 2 nicht die Fassung des Finanzausschusses dargestellt ist, sondern die alte Fassung, was falsch ist.

Die Anlage mit der Formulierung des Ausschusses für Finanzen wird seitens der Verwaltung übernommen, erklärt **Herr Beigeordneter Krause**.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues-Forum-Bürgerliste, stellt fest, dass zwei beschließende Ausschüsse die Beschlussvorlage geändert haben. Seines Erachtens nach hat die alte Synopse nichts mehr auf der heutigen Tagesordnung zu suchen. Für die Zukunft sollte ein Verfahren gefunden werden, damit das nicht immer zu Irritationen führt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, führt aus, dass der Beschluss durch folgende Ergänzung geändert wird: „Die als Anlage 2 beigefügte **Satzung in der geänderten Fassung des Ausschusses für Finanzen/Jugendhilfeausschusses ...**

Die Beschlussvorlage wird mit der von Frau Bürgermeisterin Nußbeck vorgetragenen Änderung zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte „**Satzung in der geänderten Fassung des Jugendhilfeausschusses/Ausschusses für Finanzen** zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau“ tritt mit Wirkung vom 01.01.2020 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.18 Gesunde Frühstücksversorgung in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/123/2020/V-51

Herr Deckert, Leiter des Jugendamtes, erläutert die Beschlussvorlage und erklärt, dass die im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten bestätigte Änderung des Titels seitens der Stadtverwaltung übernommen wird. Eine vorherige Änderung der Beschlussvorlage war nicht möglich, da der Eigenbetrieb nach dem Versand der Unterlagen an die Stadträte getagt hat. Der Titel wird nach der heutigen Beschlussfassung entsprechend geändert. Auf die in der Diskussion im Eigenbetrieb aufgekommene Frage, ob die gesunde Ernährung auch für die Horte gilt, legt er dar, dass alle betreffenden Schulen befragt wurden und das Thema „Gesunde Ernährung“ dort im Unterricht eine wesentliche Rolle spielt. Da es darüber hinaus einzelne Projekte in den verschiedenen Schulen gibt, wird eine Ausweitung auf die Horte als unvertretbarer Mehraufwand, der 340 T€ betragen würde, gesehen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verliest den neu gefassten Titel der Beschlussvorlage: „Projektgebundene Maßnahmen zur gesunden Ernährung in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege der Stadt Dessau-Roßlau.“

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kritisiert, dass die Ablehnung des Eigenbetriebes DeKita den Stadträten nicht übermittelt und die angesprochenen Probleme nicht beseitigt wurden. **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, und **Herr Adamek, Fraktion CDU**, kritisieren, dass die Fraktion der SPD als ehemaliger Einreicher der Beschlussvorlage die Arbeitsgruppe nicht begleitet hat. Herr Adamek bemängelt ebenfalls, dass das Fachamt es nicht hinbekommen hat, den Beschlusstext bis zu dieser Sitzung anzupassen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, fragt, ob die im Ausschuss für Gesundheit und Soziales gefertigte Protokollnotiz nach einem Jahr Gegenstand der heutigen Beschlusslage ist. **Herr Beigeordneter Krause** bestätigt das.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, ergänzt, dass die nach einem Jahr geforderte Prüfung auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses stehen wird.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt die Beschlussvorlage mit der genannten Änderung zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Projektfinanzierung zur Unterstützung der gesunden Ernährung in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege in der Stadt Dessau-Roßlau ab 01.08.2020 wird zugestimmt und gilt solange die Geschwisterermäßigung gemäß § 13 (4) Satz 2 KIFöG gesetzlichen Bestand hat.
2. Der Antrag auf außerplanmäßige Ausgaben für das Jahr 2020 in Höhe von 220.000 € wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.19 Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt „Ausgewählte Maßnahmen der Jugendhilfe und der sonstigen Jugendarbeit“ Vorlage: BV/050/2020/V-51

Herr Mrosek, Fraktion AfD, begründet seine Ablehnung der Beschlussvorlage in der Haupt- und Personalausschusssitzung. Er kann keiner Beschlussvorlage zustimmen, wo Gelder ausgegeben und die Mittel nicht nachgewiesen werden.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, weist an Herrn Beigeordneten Krause gerichtet, den Vorwurf der Stimmungsmache zur seiner geäußerten Kritik zurück, da er im Rechnungsprüfungsausschuss sachliche Äußerungen getätigt hat.

Er hat nicht Herrn Weber, sondern die MZ kritisiert, die ohne Nachfrage Dinge schreibt, die so nicht stimmen, erwidert **Herr Beigeordneter Krause**.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, dass der Bericht im Jugendhilfeausschuss thematisiert und die Verwaltung beauftragt wurde, über die Sommerpause die Dinge, die noch nicht umgesetzt wurden, aufzulisten und auf die Wiedervorlageliste des Jugendhilfeausschusses zu setzen.

Beschluss:

Die in der Anlage 3 beigefügte Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:08:02

7.20 **Spielbox im Stadtpark
Vorlage: BV/161/2020/JHA**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen und an den Ausschuss für Finanzen verwiesen.

7.21 **Gebührenfreie Trichinenschau zur Reduzierung des Schwarzwildbestandes und zur Seuchenprävention
Vorlage: FV/003/2020/StR**

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erläutert als Einreicher die Beschlussvorlage und betont die Wichtigkeit.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, stellt den **Änderungsantrag**, den **Beschlusstext** folgendermaßen zu ändern: „**Die Stadt Dessau-Roßlau verzichtet auf die Erhebung einer Gebühr für die Durchführung der Trichinenschau bei Schwarzwild.**“ Die Begründung der Vorlage soll bestehen bleiben. Zusammenhänge mit dem Pürzelgeld bestehen nicht und werden mit diesem Beschluss nicht berührt. Ein Vorschlag der Gegenfinanzierung erfolgt wegen der geringen Höhe nicht. Der Stadtrat will eindeutig nur auf diese Gebühr ersatzlos verzichten.

Herr Adamek übernimmt den **Änderungsantrag** mit dem **Zusatz: „Auf Grund und Boden der Stadt Dessau-Roßlau erlegt“**.

Bezüglich der Aussage von **Herrn Weber** zur Finanzierung und dem Vorschlag der allgemeinen Gebührenerhöhung, wozu seitens der Verwaltung noch nichts vorgelegt wurde, führt **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, aus, dass an dem Prüfauftrag zur Überarbeitung der Gebührenordnung gearbeitet wird. Sie unterstützt den Vorschlag von Herrn Adamek, da das Ziel der Vorlage immer war, unsere Jägerschaft zu motivieren, dass wir die Schweineplage in der Stadt stärker bekämpfen. Deshalb ist es richtig **das Gebiet einzugrenzen und nicht für Jedermann zu öffnen**.

Herr Adamek übernimmt den Antrag von Herrn Weber und beantragt, aufgrund der Ausführungen von Frau Nußbeck, **die Begrenzung auf unser Stadtgebiet**.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt den **Antrag** von Herrn Weber **zur generellen Abschaffung der Gebühren für die Trichinenschau zur Abstimmung**. Der **Antrag** wird **mehrheitlich** mit 17 Gegenstimmen und 04 Enthaltungen **angenommen**.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau verzichtet auf die Erhebung einer Gebühr für die Durchführung der Trichinenschau bei Schwarzwild.

Abstimmungsergebnis: 41:01:03

7.22 Eintragung von Ortskernen in das Denkmalregister Vorlage: FV/007/2020/AfD

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verweist als Einreicher der Beschlussvorlage darauf, dass die Ortskerne gegen den Willen der Einwohner in das Denkmalverzeichnis übernommen wurden und geht auf die Mehrkosten bei notwendigen Sanierungen ein.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bemerkt, dass durch die Denkmalförderungsgelder die Mehrkosten für etwaige Sanierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Er teilt aber die Kritik, dass die Bürgerschaft schlecht und nicht frühzeitig in das Verfahren einbezogen wurde. Da die Maßnahme beschlossen ist, gilt es nur noch richtig zu informieren und die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung positiv zu begleiten.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, **beantragt**, die **Beschlussvorlage** in die **Ortschaften zu verweisen**, um eine Meinungsbildung zu erlangen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legt dar, dass mit großer Unzufriedenheit festgestellt wurde, dass der Informationsfluss im Rahmen der Gesetzgebung unglücklich abgelaufen ist. Das Fachamt begleitet aber inzwischen die betreffenden Bürgerinnen und Bürger. Die Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, verweist auf die eindeutige Gesetzeslage und auf das Grundanliegen, Denkmäler zu erhalten. Eine Diskussion in den Ortschaften ändert nichts an der Gesetzeslage. Die Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, geht ebenfalls auf die bestehende Unwissenheit und die Fragen, die sich in den Ortschaften ergeben haben, ein, wozu eine entsprechendes Informationsmaterial für alle Betroffenen erarbeitet werden sollte. Dem vorliegenden Beschlussantrag fehlt die Rechtsgrundlage.

Herr Oberbürgermeister Kuras bittet darum, dieser Beschlussvorlage nicht zuzustimmen, da er im Falle einer Beschlussfassung diese beanstanden muss. Die Tätigkeit des Denkmalschutzes gehört zum übertragenen Wirkungskreis, weshalb sich diese Dinge der Mitwirkung des Stadtrates entziehen. Das Denkmalschutzgesetz sagt, dass die Feststellung der Denkmaleigenschaft durch das Denkmalfachamt dem Eigentümer, Besitzer oder Verfügungsberechtigten mitzuteilen ist. Diese Aufgabe obliegt der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde. In 3 Ortschaften wurden die Beratungen durchgeführt. Die noch ausstehende Veranstaltung in Großkühnau muss stattfinden und das Gesamtergebnis ausgewertet werden. Auf den Artikel von Herrn Frisch im Amtsblatt eingehend, dass er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unteren Denkmalschutzbehörde einen fürstlichen Empfang bereiten wird, bittet Herr Oberbürgermeister Kuras darum, so nicht miteinander zu reden. Sollte er, Herr Oberbürgermeister Kuras, solche Anzeichen sehen, schickt er die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in eine aufgeheizte Stimmung.

Sie unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters, merkt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, an. Sie kann den Vorwurf der mangelhaften Information der Bürgerinnen und Bürger nicht so stehen lassen. Das Land hat sich lange Zeit gelassen, konkrete Forderungen herauszugeben, wie diese Rahmenbedingungen in der Praxis umzusetzen sind. Sobald die Regelungen bekannt waren, hat das zuständige Fachamt sofort mit den Informationen begonnen und die Veranstaltungen in den Ortschaften angeboten. Die Diskussionen sollten weitergeführt und unser Welterbe bewahrt werden.

Wenn die Stadt dort verstärkt eingreift und Missverständnisse aufklärt bzw. die Leute unterrichtet, welche Möglichkeiten einer Rechtsbehelfsbelehrung sie haben, zieht er die Beschlussvorlage zurück, erklärt **Herr Mrosek**.

Außer in Großkühnau ist genau das bereits geschehen, erwidert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. In den betroffenen Ortschaften hat die zuständige Behörde, begleitet von der Obersten Denkmalschützerin des Landes, schon darüber informiert was passiert, was es bedeutet, welche Auflagen es gibt und haben sich auch den Fragen gestellt, worüber in der Stadtzeitung berichtet wurde.

Auf die Frage des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, ob seitens der Verwaltung weitere Veranstaltungen zugesagt werden können, entgegnet **Frau Beigeordnete Schlonski**, dass das bei weiterem Bedarf erfolgt.

Herr Hoffmann hat an den Veranstaltungen in den Ortschaften teilgenommen und festgestellt, dass die Qualität der Veranstaltungen von mal zu mal eine andere war. Zwingend ist, dass noch ein paar Dinge erarbeitet und den Leuten in die Hand gegeben werden.

Für die Niederschrift fasst **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, zusammen, dass das Referat für Ortschaften in die entsprechenden Ortschaften transportiert, dass, wenn noch Informationsbedarf besteht, der Ortschaftsrat sich an die Verwaltung wenden kann, damit noch einmal Veranstaltungen stattfinden, um Transparenz herzustellen und um aufzuklären.

Herr Tschammer stellt den **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte**.

Unter den Bedingungen, dass die Ortschaftsräte mit den betreffenden Ortskernen informiert werden und den Leuten erklärt wird, was sie erwartet bzw. welche Möglichkeiten sie haben, gegen diesen Denkmalschutz vorzugehen, zieht er den **Antrag zurück**, erklärt **Herr Mrosek**.

7.23 Antrag auf eine Lehrstelleninitiative der Stadtverwaltung, einschließlich des Brand- und Katastrophenschutzes und der städtischen Betriebe und Einrichtungen
Vorlage: FV/008/2020/Linke

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen und in die Fachausschüsse (Haupt- und Personalausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr, Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport, Ausschuss für Gesundheit und Soziales) verwiesen.

Der Vorsitzende des Stadtrates schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, schließt die Sitzung um 20:46 Uhr.

Dessau-Roßlau, 17.09.20

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schifführer